

**Mannheimer
Montag-
mittag-
Vorlesungen**

**Politische Streitfragen
in zeitgeschichtlicher Perspektive**

**Politische Streitfragen.
Zum Sinn und Zweck einer politikwissenschaft-
lichen Vorlesungsreihe zur Zeitgeschichte**

Egbert Jahn

3. Mai 2004

Adresse des Autors:

Prof. Dr. Egbert Jahn
Universität Mannheim
Lehrstuhl für Politische Wissenschaft
und Zeitgeschichte
Seminargebäude A 5
D-68131 Mannheim
Tel.: +49-621 181 2088
Fax: +49-621-181 2087
allgemeine E-mail: LSJahn@sowi.uni-mannheim.de
Vorlesungs-E-mail: streitfragen@uni-mannheim.de
www.uni-mannheim.de/fkks/montagmittagvorlesung.html

Zusammenfassung

Die neue Vorlesungsreihe „Politische Streitfragen in zeitgeschichtlicher Perspektive“ ist zunächst für das Sommersemester 2004 geplant, ist aber auf mehrere Semester angelegt, auch wenn vorerst offen bleiben muß, ob sie in den kommenden Semestern fortgesetzt werden wird. In der vorliegenden Einleitung werden die allgemeinen Grundzüge des Charakters der Vorlesung, der die Auswahl der politischen Streitfragen bestimmen soll, erläutert.

Politikwissenschaft wird als Wissenschaft von der Politik verstanden, die zwar nicht wirklich wertneutral und wertfrei sein kann, aber sich in der Äußerung von politischen Werturteilen und der Benutzung stark wertbesetzter und emotionaler Sprache sehr zurückhalten soll. Insofern politische Empfehlungen geäußert werden, sollen sie als solche ausdrücklich ausgewiesen werden, so daß Analyse der Vergangenheit und Prognose möglicher und wahrscheinlicher Zukunft einerseits und normative Aussagen andererseits deutlich voneinander geschieden bleiben. Ferner soll auf die politischen Implikationen der jeweiligen Auswahl von Gegenständen, Methoden und Ergebnissen der Analyse und Synthese ihrer Erkenntnisse aufmerksam gemacht werden. Zeitgeschichtswissenschaft wird als unverzichtbarer Zweig der Politikwissenschaft aufgefaßt.

Zeitgeschichte als in die Zukunft hineinreichende Geschichte wird in dieser Vorlesung als die Weltgeschichte des Zeitalters des sich schrittweise durchsetzenden Gedankens der Volkssouveränität aufgefaßt, und zwar in den drei Zeitabschnitten des „langen Jahrhunderts“ von 1776/1789 bis 1917, des „kurzen Jahrhunderts“ von 1917 bis 1991 und des 1991 begonnenen neuen Jahrhunderts. Als noch in vieler Hinsicht uneingelöstes politisches Projekt unserer Zeit wird in dieser Vorlesung die universale Demokratie, d. h. die Volksherrschaft, und als Grundthema ihre Entwicklung zur rechtsstaatlichen, repräsentativen, liberalen und sozialen Demokratie sowie ihre Auseinandersetzung mit konkurrierenden Formen der Herrschaft begriffen.

Ferner wird das Verhältnis von Vorlesung, ihrer schriftlicher Ausarbeitung und angestrebter Kommunikation des Vortragenden mit den Hörern und Lesern der Vorlesung und ihrer Niederschrift dargelegt. Abschließend werden die Kriterien zur Auswahl gewalt- und kriegsträchtiger politischer Konflikte für die in der Vorlesung dargelegte Analyse in Hinblick auf Kooperationschancen in der internationalen Gesellschaft auf dem Hintergrund der Tradition des Forschungsschwerpunktes Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa vorgestellt.

1 Vorbemerkungen zum Sinn und Zweck der Vorlesungsreihe

Von dieser Einleitung zur neuen Vorlesungsreihe „Politische Streitfragen in zeitgeschichtlicher Perspektive“ werden am 3. Mai nur einige Grundelemente vor der eigentlichen, ersten Vorlesung über den Kopftuchstreit vorgetragen. Sie ist demnach hauptsächlich für die Lektüre vor den kommenden Vorlesungen konzipiert, um den kritischen Umgang mit dem zu erleichtern, was in Zukunft im Zusammenhang der Vorlesungsreihe zu hören oder zu lesen sein wird. Diese Einleitung soll gewissermaßen die Spielregeln der Vorlesungsreihe offenlegen.

Mit der heutigen Vorlesung beginne ich, so der Plan, eine Reihe von regelmäßigen Vorlesungen, die nicht in einer Prüfungs- und Studienordnung vorgesehen sind und Ihnen vorgeschrieben werden. Mit anderen Worten, ich hoffe in dieser „außerordentlichen“ Vorlesung auf Hörer, die zuhören wollen und können, ohne dies zu müssen, und die nicht erwarten, daß sie für das Absitzen der Vorlesung einen Leistungsschein mit „credit points“, Stempel und Unterschrift erhalten. Ich hege also die altertümliche, universitäre Hoffnung, daß es noch Studenten aller Fakultäten, jeglichen Alters und beiderlei Geschlechts gibt, die die bloße Lust am wissenschaftlich disziplinierten Mitdenken über brisante politische Streitfragen in einen Hörsaal treibt und die ihre Urteilskraft in heiklen öffentlichen Dingen stärken wollen.

Die Vorlesungsreihe soll wegen des erheblichen Vorbereitungsaufwandes zum jeweils ausgewählten Streitgegenstand nur einmal im Monat stattfinden, und zwar in der Regel am jeweils ersten Montagmittag in der universitären Vorlesungszeit. Geplant sind also sieben Vorlesungen im Jahr zu aktuellen politischen Streitfragen. Die Themen werden von mir ad hoc oder auch längerfristig ausgewählt, wobei ich vielleicht hin und wieder auch einer Anregung von Ihnen zur Themenauswahl folgen kann. Jedenfalls möchte ich Sie ermuntern, mir Vorschläge hierzu zu nennen, selbstverständlich nur im Rahmen eines Themenspektrums, von dem Sie vermuten, daß ich mich aufgrund meiner wissenschaftlichen Vorarbeiten mit vertretbarem Zeitaufwand sachkundig machen und äußern könnte. Ich versuche mich einer allgemeinverständlichen Sprache zu befleißigen und unvermeidbare Fachausdrücke zu erläutern. Denn eine Wissenschaft, die sich nur an Wissenschaftler wendet, ist nichts anderes als unfruchtbare, kollektive geistige Onanie. Wissenschaft und Gesellschaft sind aufeinander angewiesene Partner. Aus diesem Verständnis der Funktion von Wissenschaft bin ich deshalb für jeden Hinweis darauf dankbar, wo ich das Prinzip der Verständlichkeit unnötig verletze. Die Not eigener geistiger Anstrengung kann und will ich Ihnen nicht ersparen.

In vier Abschnitten behandle ich zunächst den Gegenstand des politischen Streits, die wichtigsten Standpunkte zum Streitgegenstand, die zeithistorischen Wurzeln des Streits und die Folgen einiger möglicher Entscheidungsoptionen. Im Unterscheid zu meiner sonstigen Gepflogenheit in Vorlesungen, alle politisch-normativen Aussagen zu vermeiden, will ich in dieser Vorlesung regelmäßig in einem fünften, gesonderten und deutlich ausgewiesenen Abschnitt meine eigene Präferenz unter den zur Streitfrage erörterten Verhaltensoptionen nennen und diese Wahl begründen unter der hypothetischen Annahme, ich müßte hic et nunc eine Entscheidung an verantwortlicher Stelle treffen. Zum Abschluß soll dann versucht werden, die wahrscheinliche Streitentwicklung zu prognostizieren, sicherlich ein Unternehmen mit großer Chance zur Fehleinschätzung.

Das politische Geschehen in einer Demokratie wird stets durch mehr oder weniger öffentliche, brisante, manchmal auch gewalt- und kriegsträchtige Streitfragen bestimmt. Streitfragen, die geeignet sind, ein einzelnes Land oder die internationale Gesellschaft in verhängnisvoller Weise zu spalten, zu polarisieren und in letzter Konsequenz in die Gewalt, den Krieg und den Massenmord zu treiben, werden die bevorzugten Themen dieser Vorlesungsreihe sein. Politikwissenschaftler schweigen auffällig häufig zu Themen der gegenwärtigen Politik, sofern sie nicht nebenberuflich als Politiker und Journalisten tätig werden. Das hängt zum einen mit einer streitwürdigen Entwicklung oder Fehlentwicklung der Politikwissenschaft und mit ihrer Auffassung zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft zusammen, zum erheblichen Teil aber auch damit, daß es gar nicht leicht und äußerst zeitaufwendig ist, sich mit wissenschaftlicher Vorgehensweise den höchst verwickelten Streitfragen der Politik zuzuwenden. Denn es kommt nicht auf die politische, an sich recht beliebige Meinung des Politikwissenschaftlers an, sondern auf seine möglichst fundierte Analyse des politischen Streitgegenstands. Eine solche soll es Ihnen als dem Hörer oder Leser erleichtern, Ihr eigenes politisches Urteil aufgrund Ihres Vorwissens, Ihrer Wertprämissen und Interessen, unvermeidlich auch aufgrund Ihrer unerkannten und unbewußten Vorurteile erleichtern, indem sie Voraussetzungen, Zusammenhänge und mögliche Folgen dieser oder jener politischen Entscheidung verdeutlicht. Die Vorlesung hätte Ihren Sinn und Zweck verfehlt, würde Sie von Ihnen nach den Schlußfolgerungen bewertet, zu denen ich als der Vortragende mehr oder weniger entschieden und eindeutig in der jeweils thematisierten Streitfrage komme. Vielmehr kommt es darauf an, ob Sie aus der Vorlesung in der Weise Gewinn ziehen können, daß Sie neue Dimensionen, Voraussetzungen und mögliche Folgen des Streitgegenstands und des Streites selbst erkennen können, die bislang nicht in ihr Blickfeld gerieten. Die Vorlesung hätten ihren Sinn und

Zweck erreicht, wenn sie in der Lage ist, ein wenig den Grad der Verantwortbarkeit Ihres politischen Urteilens und Handelns zu erhöhen.

Demokratie ist unter allen Herrschaftsformen diejenige, die den selbständig urteilenden und verantwortlichen, den politischen Bürger voraussetzt. Der Bürger, der sich für unpolitisch hält, ist unvermeidlich politisch in dem Sinne, daß er die jeweils herrschende Politik unterstützt, indem er seine Stimme einer besseren Alternative zur herrschenden Politik verweigert. Für die Demokratie gilt mehr als für jede andere Herrschaftsform der Satz, daß jedes Volk die Regierung hat, die es verdient; will ein Volk eine bessere Regierung, muß es sich zunächst selbst bessern. Gemeint ist, in seiner politischen Urteilskraft und in seinem politischen Handeln, denn jeder mündige Bürger ist Inhaber einer Stimme, derer er sich nicht entäußern kann. Politik ist nur solange ein dreckiges Geschäft, solange sich der Bürger einen Dreck um die Politik kümmert. Die größte Schuld des vermeintlich unpolitischen Bürgers in einer Demokratie besteht darin, daß er sich für unschuldig und unpolitisch hält.

Politikwissenschaft ist auf einem Irrwege, wenn sie sich einredet, sie müsse wissen, welche Politik die bessere im Umgang mit einem Streitgegenstand ist. Denn der Politiker hat bei seiner Entscheidung Faktoren zu berücksichtigen, die der Politikwissenschaftler in aller Regel nicht kennt und nicht kennen kann. Ein Politiker, der unbedacht dem Rat des Politikwissenschaftlers folgt, hätte seinen Beruf oder Nebenberuf verfehlt. Er muß mit Herausforderungen, Ungewißheiten und Risiken in zeiträumlich bestimmten Situationen umgehen, für die keine Wissenschaft ein wirklich angemessenes Verhalten empfehlen kann. Sie kann bestenfalls manche Verhaltensoptionen unter erklärten Wertprämissen als realisierbar und verantwortbar ausschließen oder als verantwortbar erkennen. Jeder politisch Handelnde, ob Bürger oder Berufspolitiker, muß eine Wahl zwischen Wahrscheinlichem und Möglichem treffen, kann hier und da das Unwahrscheinliche riskieren.

Eine Vorlesung über aktuelle politische Streitfragen könnte dazu verführen, die Hörer für eine bestimmte Politik gewinnen zu wollen, oder umgekehrt auch die Hörer motivieren, die professorale Autorität für eine von ihnen bevorzugte Politik zu gewinnen und auszuleihen. Das wird uns alltäglich in solchen Medien vorgeführt, in denen die Redaktionen und Journalisten Professoren dafür engagieren, das zu sagen, was sie selbst gesagt haben wollen und auch leicht selbst sagen könnten, jedoch nicht im Gewande professoraler Autorität. Die Professur wird hier zur Kostümverleihung für bestimmte, vorgegebene politische Ansichten degradiert. Sie dient dabei nicht dem Erwerb neuer Erkenntnisse.

Wissenschaftler besitzen das riesige Privileg, immer wieder sagen zu können, daß sie etwas nicht wissen, d. h. entweder noch nicht wissen oder nicht wissen können. Insofern ist Wissenschaft zu einem gut Teil Lehre vom Unwissen und vom Nichtwissenkönnen, zum anderen Teil vom vorläufigen Wissen. Jede wirkliche Wissenschaft beginnt mit dem Zweifel an dem Selbstverständlichen, dem allseits bekannten Wissen. Bürger, die die Politiker und Diener (vulgo Minister) in einer Demokratie zum politischen Handeln ermächtigen, müssen hingegen wie letztere andauernd viel wissen oder zumindest meinen oder doch glauben machen, sie wüßten, was sie tun oder unterlassen. Politik ereignet sich dauernd, insofern kann es sich kein Berufspolitiker und kein Bürger leisten, nicht zu wissen, wie und was er entscheiden soll. Denn indem er sich entscheidet, nichts zu tun, entscheidet er sich für die Duldung des herrschenden Tuns und Unterlassens.

Politikwissenschaft hat zu einem gut Teil die Aufgabe, vorgefundenes politisches Wissen zu zerlegen (zu „analysieren“) und dabei manche Gewißheiten zu ver- und zerstören. Wissenschaft ist deshalb notwendig zersetzend. Darin erschöpfen sich jedoch nicht ihr Tun und ihre Aufgabe. Die Analyse ist zu ergänzen durch die Synthese, das geistige Erkennen der Zusammenhänge der analytisch zunächst getrennten Teile des Ganzen. Jedes Wort, jeder Text, jedes Handeln steht in einem Kontext. Wissenschaft muß deshalb auch auf- und zusammenbauend, sein, kann nicht beim bloßen Zerlegen verharren.

Politische Streitfragen zerlegen die Gesellschaft, spalten sie bei zugespitztem Streit in eine Pro- und Contrapartei, wobei die eine die andere besiegen, ihren Willen der anderen Seite aufdrängen will. In einer Demokratie geschieht das idealiter durch Überzeugen im herrschaftsfreien geistigen Austausch, realiter jedoch oft nur durch die Diktatur der Mehrheit über die Minderheit und der Regierenden und Amtsträger über die Regierten und Verwalteten. Will Wissenschaft keine Partei-, d. h. Teilwissenschaft sein, die insofern nur partiell Wissenschaft bleiben würde, weil sie das von einem Teil der Gesellschaft vorgegebene Wissen nicht zu bezweifeln wagt oder fähig ist, will Wissenschaft also Gewissenschaft in dem Sinne sein, daß sie das jeweilige Gesamtwissen in einer zeiträumlichen Lage zu einer strittigen Frage ausdrücken will, so muß sie das Wissen, die Argumente, die Interessen, die Wertvorstellungen und Vorurteile, die Ziele aller am Streit beteiligten Parteien möglichst genau analysieren, um anschließend ein Gesamtbild des politischen Streits in der Gesellschaft darzustellen. Insofern kann eine politikwissenschaftliche Aussage niemals identisch sein mit der Aussage einer politischen Parteiung im politischen System, mögen nun die Grenzen der Streitparteien um einen bestimmten Gegenstand entlang der Grenzen der politischen Parteien verlaufen oder kreuz

und quer durch sie hindurch. Insofern der Politikwissenschaftler nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Bürger ist, der politische Ansichten hat und permanent politische Entscheidungen trifft, kann er, tut dies aber keineswegs immer, seine politikwissenschaftlichen Erkenntnisse in seinem politischen Verhalten berücksichtigen. Die wissenschaftliche wie bürgerliche Redlichkeit sollte aber verlangen, daß der Politikwissenschaftler seine wissenschaftlichen und seinen politischen Aussagen erkennbar voneinander trennt.

Dies vorausgesetzt, sollte der Hörer dieser Vorlesung nicht erwarten, daß ich ihm die Richtigkeit seiner mitgebrachten Ansicht zur behandelten Streitfrage bestätige oder ihm die Bildung einer eigenen politischen Ansicht abnehme im Falle seines in die Vorlesung mitgebrachten Unwissens bzw. wohl in aller Regel eher seiner Ungewißheit und seines Schwankens beim Umgang mit der Streitfrage. Ich möchte Sie mit dieser Vorlesung in Ihrem mitgebrachten Wissen verunsichern und mich durch Ihre Reaktionen auf diese Vorlesung von Ihnen verunsichern lassen, damit alle Beteiligten sich zu einem verantwortlichen, vorläufigen Urteil in der jeweiligen Streitfrage durchringen können. Wenn das hier und da gelingt, dann hat sich der Aufwand für diese Vorlesung gelohnt.

Das Bedürfnis, eine solche Vorlesung zu halten, hat auch etwas mit meiner langjährigen Erfahrung zu tun, daß ich in aller Regel die maßgeblichen und einflußreichen Stellungnahmen auf beiden Seiten der sich rasch bildenden Konfliktfronten in den mich stärker bewegenden politischen Streitfällen für unbefriedigend halte. Das mag damit zusammenhängen, daß ich unter Frieden etwas anderes verstehe als Siegfrieden, den Sieg einer Partei über die andere Partei, sondern etwas Drittes, das für beide Parteien akzeptabel sein könnte. Ich meine, im Laufe meines bisherigen Lebens gelernt zu haben, daß der Frieden prinzipiell nur zwischen den mit Waffen und Worten gepanzerten Stühlen sitzen könne, manchmal aber auch vor oder hinter ihnen, scheinbar immer nur am Boden, aber keineswegs oft in der sogenannten goldenen Mitte, sondern nicht selten mehr in der Nähe des einen als des anderen Stuhls. Insofern ist die Gewißheit des Friedens- und Konfliktforschers, unvermeidlich zwischen den Stühlen sitzen zu müssen, mit der Ungewißheit verknüpft, wohin ihn die zweifelnde Suche, die manchmal auch der Versuchung des Verzweifeln ausgeliefert ist, nach dem richtigen Ort zwischen den Stühlen führen wird. Friedliche Mittel sind insofern nicht einfach alternative Mittel zu gewaltsamen, kriegerischen Mitteln; die Entscheidung für friedliche Mittel erfordert unerlässlich die Bereitschaft, die vorgefaßten Ziele des eigenen Handelns teilweise zugunsten des Konfliktgegners zu revidieren.

Im weiteren werde ich einige allgemeine Überlegungen über den Unterschied zwischen Politikwissenschaft und politischer Wissenschaft vortragen und sie mit einer Begründung fortführen, weshalb auch heute noch Zeitgeschichtswissenschaft ein unabdingbarer Zweig von Politikwissenschaft ist oder sein sollte. Daran schließt eine Reflexion über das gesellschaftspolitische Grundthema unserer Zeit an, das die gegenwärtige oder Zeitgeschichte als noch un abgeschlossene, das Geschehen der nächsten Zukunft einschließende Geschichte von der vergangenen Geschichte als der Geschichte früherer Zeitalter scheidet. Daraus folgt, daß auch Prognosen über mögliche oder wahrscheinliche zukünftige Entwicklungen und Perspektiven in die zeitgeschichtliche Analyse eingeschlossen werden müssen, auch wenn ihnen notwendig ein höherer Grad von Ungewißheit anhaftet als wissenschaftlichen Aussagen über die Vergangenheit. Daran werde ich einige Beobachtungen über die Vorlesung als Kommunikationsform zwischen Redner und Zuhörer anschließen und mit Überlegungen zum Auswahlverfahren bei der Bestimmung der politischen Streitfragen, die in der Vorlesung thematisiert werden sollen, schließen, bevor ich zum ersten Thema der Vorlesungsreihe: „Der Kopftuchstreit. Zum Konflikt zwischen Laizismus und religiöser Toleranz“ übergehe.

2 Politikwissenschaft oder politische Wissenschaft

Ich habe Politikwissenschaft stets als eine Wissenschaft aufgefaßt, die sich in erster Linie mit politischen Inhalten und Sachverhalten, mit Herausforderungen und Streitfragen und mit Antworten auf diese befaßt, daneben sicher auch mit den politischen Institutionen, den Regeln und Verfahren, in denen die Streitfragen ausgetragen und hin und wieder zu einer zeitweiligen Lösung gebracht werden, ferner mit den gesellschaftlichen Strukturen, die die Politik bedingen und die durch die Politik wesentlich mitgestaltet werden.

Politikwissenschaft ist, beim ersten genaueren Hinschauen, keineswegs eine politische Wissenschaft, auch wenn *political science* oftmals in irreführender Übersetzung und oberflächlichem Anglizismus so bezeichnet wird. Das gilt übrigens auch im Falle des offiziellen Namens meines eigenen Lehrstuhls, der sich aus bürokratischen Gründen nicht ändern ließ. *Natural science* ist bekanntlich keine natürliche Wissenschaft. *Political science* ist Wissenschaft von der Politik oder eben Politikwissenschaft. Als Wissenschaft kann und muß sie so unpolitisch sein wie jede andere Wissenschaft, will sie Wissenschaft bleiben und sich nicht ihre Methoden und Erkenntnisse von verinnerlichten oder von außen aufgedrängten politischen Bedürfnissen, Normen und Werten, also Vor-Urteilen, vorschreiben lassen. Politikwissenschaft ist insofern aber auch notwendig und unvermeidlich politische Politikwissenschaft wie jede an-

dere Human- und die Naturwissenschaft auch, als ihre Existenz, ihre Arbeitsweise, ihre Fragestellungen, ihre Freiheit oder Unfreiheit sowie die voraussichtliche Verwertung ihrer Erkenntnisse politisch bedingt sind. Insofern kann es ebensowenig eine unpolitische Politikwissenschaft geben wie es keine unpolitische Physik und Biologie gibt. Alle Wissenschaft wird zudem dadurch politisch, daß ihre Erkenntnisse beabsichtigte oder unbeabsichtigte politische Wirkungen hervorrufen, die jeder Wissenschaftler nach Möglichkeit in Betracht ziehen wird, falls er sich als human und damit immer auch als politisch verantwortlicher Mensch begreift.

Politikwissenschaft kann nicht schlechthin wertneutral sein, in der Annahme, sie könne dadurch unpolitisch werden. Erstens ist Neutralität eine eminent politische Haltung, die manchmal einen hohen Preis fordert. Zweitens wird immer wieder einmal versucht, Wissenschaft zur bloßen Ideologie auszuhöhlen, zur Negation von Wissenschaft unter dem Namen von Wissenschaft. Drittens gibt es Situationen, in denen Neutralität ein stillschweigendes Bündnis mit der Inhumanität bedeutet, die Verweigerung des Bündnisses mit möglichem Widerstand gegen dieselbe. Wenn aber menschliche Existenz die Bedingung der Möglichkeit von Wissenschaft ist, dann kann keine Wissenschaft die Bedingungen ihrer eigenen Existenz außer acht lassen und sich ihnen gegenüber neutral verhalten.

Politikwissenschaft und Zeitgeschichte als konstitutiver Bestandteil und Zweig derselben wurden nach 1945 in Deutschland bewußt als wertende, wertbetonte und wertbetonende Wissenschaft, als Demokratiewissenschaft eingeführt, als deutliche Kontraposition gegen jegliche wertneutrale Wissenschaft, die sich in der Vergangenheit bedenkenlos, d. h. sehr oft nur naiv und nicht einmal gewissen- und skrupellos, für barbarische Politik instrumentalisieren ließ. Mit dem wachsenden gesellschaftlichen Konsens für Demokratie im westlichen Deutschland nach 1945 verlor sich der emphatische Wertbezug der Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft im Bewußtsein der Gesellschaft wie der Wissenschaftler selbst. Allenfalls in solchen Zeiten, in denen es Bestrebungen gab, „mehr Demokratie zu wagen“, also die bestehende, in mancher Hinsicht unzureichende Demokratie weiter zu demokratisieren, wurde von den Protagonisten dieser Bestrebungen der Wertbezug wieder verstärkt eingeklagt, von ihren Gegnern hingegen oft im Namen der Wertneutralität abgewehrt.

Die Beanspruchung wissenschaftlicher Neutralität ist höchst ambivalent. Sie kann dazu dienen, bestehende Zustände zu konservieren und zu verteidigen gegen sich selbst für fortschrittlich, human, demokratisch, friedlich und befreiend (emanzipatorisch) haltende Bestrebungen zur Veränderung der bestehenden Zustände. Sie kann aber auch in Zeiten der überwältigenden

Ausdehnung der Herrschaft einer gesellschaftlichen und staatlichen Ideologie Freiräume beanspruchen für unkonventionelles, oppositionelles Denken. Insofern neue wissenschaftliche Erkenntnis stets als die Wahrheitsvermutung einer Minderheit oder gar eines einzelnen in die Welt tritt, läßt es sich vertreten, das Postulat der Wertneutralität als sinnvolle Lebenslüge des Wissenschaftsbetriebs zu verfechten.

Jede wertende Wissenschaft steht in Gefahr, zur bloßen Ideologie zu verkommen, wenn sie nicht wagt, ihre Wertprämissen ständig zu überprüfen, sie der Kritik der Vernunft entzieht und in das Reich des Glaubens versetzt. Was die Politikwissenschaft von den politischen und religiösen Glaubenslehren, die ihre unverzichtbaren Funktionen für das gesellschaftliche Leben besitzen, unterscheidet, ist, daß jegliches Fürwahrhalten sich als soziohistorisch entstandenes begreifen und erklären läßt, daß es sich verändert hat und veränderbar ist. Damit kann auch nicht ausgeschlossen werden, daß menschliche Vernunft in der Lage sein könnte, die Bedingungen ihrer dauerhaften Existenz, also den Übergang von der Menschengesellschaft zur menschlichen Gesellschaft zu befördern. Dieses vielleicht nur sisyphusische Streben, dem keine dauerhafte Beendigung allen menschlichen Leidens gelingen mag, ist keineswegs im Jahre 1989 an das Ende seiner Geschichte gelangt. Die Suche nach humaneren gesellschaftlichen Strukturen und politischen Systemen als den gegenwärtigen bleibt Gegenstand wissenschaftlichen Erkenntnistrebens und politischer Auseinandersetzung.

Politikwissenschaft kann keine wertfreie Wissenschaft sein, weil schon die Benutzung der alltäglichen Sprache in der Wissenschaft den Gebrauch unvermeidlich wertbesetzter Worte einschließt, die diese Wertbesetzung auch dann nicht verlieren, wenn sie der Wissenschaftler ausdrücklich ändern oder in Abrede stellen will. Alle Worte loben und tadeln in vielfältigen Abstufungen, werten also ständig, oder stellen etwas als gleich-gültig, d. h. gleich-wertig dar.

Dennoch, obwohl Politikwissenschaft wie auch jede andere Wissenschaft letztlich nicht wertneutral und wertfrei sein kann, ist äußerste Zurückhaltung bei der Äußerung von Werturteilen und jeglichen Sollensaussagen eine sinnvolle Tugend in den Wissenschaften, damit die analytische Präzision der wissenschaftlichen Arbeit nicht unter der Verblendung durch vorgefaßte positive oder negative Werturteile leidet. Dies ist insbesondere bei dieser Vorlesung geboten, die sich mit politisch heftig umstrittenen Wert- und Sachaussagen befaßt. In ihr sollen die als wesentlich erkannten Argumente der wichtigsten Konfliktparteien zur jeweils behandelten Streitfrage zu Worte kommen und nach Möglichkeit in der Logik ihrer eigenen Wert- und Weltvorstellungen beschrieben und erklärt werden.

3 Zeitgeschichtswissenschaft als Zweig der Politikwissenschaft

Ich kenne keine politische Streitfrage, die man sinnvoll analysieren und erklären könnte, ohne ihre soziohistorische Entstehung, ihre gesellschaftsgeschichtlichen Bedingtheiten und ihre wahrscheinlichen oder möglichen Auswirkungen auf die zukünftige Geschichte zu untersuchen. Geschichte als lebendige Geschichte ist Zeitgeschichte, d. h. wir Lebenden entdecken in ihr etwas, was uns und unsere Zeit ganz wesentlich charakterisiert. Nicht alle Geschichte kann Zeitgeschichte sein, nur ein kleiner Teil ist es. Insofern ist für mich Politikwissenschaft notwendig stets auch Zeitgeschichtswissenschaft.

Mannheim war bis vor kurzem eine der wenigen Universitäten, in dem das volle Spektrum der fünf Hauptdisziplinen der Politikwissenschaft gepflegt wurde. Im Kern besteht Politikwissenschaft aus den Teildisziplinen der Wissenschaft von der Innenpolitik (Vergleichende Regierungslehre), von der Außenpolitik (Internationale Beziehungen) und der politischen Theorie (Geschichte der politischen Ideen, Politische Philosophie). Diese klassische politikwissenschaftliche Triade wird ergänzt durch die Zeitgeschichte und die Politische Soziologie als die beiden wissenschaftlichen Teildisziplinen, die Staat und Politik im geschichtlichen und gesellschaftlichen Bedingungs Zusammenhang untersuchen. Im weitesten Sinne schließt letztere die Politische Ökonomie und die Politische Psychologie mit ein, während das Staatsrecht in der Vergleichenden Regierungslehre und das Völkerrecht in den Internationalen Beziehungen prominent verankert sind. Die rasch fortschreitende Spezialisierung der Forschung hat in den vergangenen Jahrzehnten zu immer weiterer Differenzierung der Politikwissenschaft und ihrer fünf Teildisziplinen in Unterdisziplinen und neue, traditionelle Fachgrenzen überschreitende Teildisziplinen geführt. Die Synthetisierung der teildisziplinären Erkenntnisse findet meist im Wissenschaftsbetrieb selbst nicht mehr statt, wird allenfalls den Philosophen überlassen und ansonsten von manchen, wissenschaftliche Literatur verarbeitenden Journalisten und politischen Schriftstellern betrieben.

Auf die Frage, was unsere Zeit von einer anderen Zeit unterscheidet, kann es keine allgemeingültige Antwort geben. Ich sehe hier von den verschiedenen Varianten des Verständnisses von Zeitgeschichte als selbst erlebter Geschichte (Eberhard Jäckel) ab, sondern gehe von Zeitgeschichte als Geschichte des gegenwärtigen Zeitalters aus. Was unsere Zeitgeschichte von der Geschichte anderer Zeitalter unterscheidet, wird gemeinhin mit einem epochalen Ereignis, einer Zäsur in der Chronologie der Ereignisse verbunden. Es ist aber im Grunde nicht das herausragende, oftmals dramatische Ereignis, das ein Zeitalter vom anderen trennt. Das

sind vielmehr seine Nachwirkungen und seine Voraussetzungen. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung wäre ein kaum erwähnenswertes Ereignis, wenn es der britischen Krone gelungen wäre, die Unabhängigkeitsbewegung dauerhaft zu unterdrücken und zu beseitigen. Die französische Revolution wäre eine Revolte unter einer großen Fülle von Revolten geblieben, wäre sie erfolgreich und dauerhaft vom Ancien Régime niedergeworfen worden. Erst die Ereignisse der nachfolgenden Jahrzehnte und Jahrhunderte machten aus dem 4. Juli und dem 14. Juli historische und epochale Ereignisse. Zeiten oder Zeitalter werden also durch ein gesellschaftliches und vor allem politisches Grundthema bestimmt, durch ein epochales Problem, das über längere Zeit das Geschehen bestimmt, über das Parteien heftig streiten und auf unterschiedliche Weise begreifen, es in ihren Handlungen aufgreifen und in zeitweiligen Problemlösungen beantworten. Und nur solange es umstritten ist, ist es wirklich ein Thema, denn über das Selbstverständliche streitet man nicht, nimmt es auch kaum wahr. Insofern die Gegenwart, unsere Zeit, eine Vergangenheits- und eine Zukunftsdimension haben, schließt Zeitgeschichte auch ein Stück zukünftiger Geschichte mit ein, im deutlichen Unterschied zur übrigen Geschichte, die in der Vergangenheit thematisch abgeschlossen wurde. Das ist auch der Grund, weshalb Zeitgeschichte ihren angemessenen Platz in der Politikwissenschaft, nicht in der Geschichtswissenschaft hat, auch wenn die in ihr gebräuchlichen Methoden eher letzterer gleichen.

4 Zeitgeschichte als weltpolitisches Geschehen

Lebendige Geschichte ist jedoch nicht nur Zeitgeschichte, sie ist auch Orts- oder Raumgeschichte. Alles irdische Geschehen hat einen vierdimensionalen, zeiträumlichen Charakter. Insofern ist Geschichte immer auch Geohistorie, wie umgekehrt irdischer Raum bei näherer Betrachtung stets Geschichtsraum ist, kein unveränderliches, zeit- und geschichtsloses Gebilde. Der Raum, in dem Politik sich heute ereignet, ist zum Teil die ganze Erde mitsamt den angrenzenden, dem Menschen jeweils zugänglichen Teilen der Atmosphäre und des Welt-raums. Weltpolitik als globale Politik mit ihren Anfängen am Ende des 15. Jahrhunderts ist seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts zur alle lokale und regionale Politik mitbestimmenden Politik geworden. Insofern konnte Hans Rothfels Zeitgeschichte als Universalgeschichte verstehen, konnten aber gleichzeitig zahlreiche zeitgeschichtswissenschaftliche Arbeiten entstehen, die lediglich einen lokal-, regional- oder nationalhistorischen Horizont im Blick hatten. Unter dem Ausdruck Globalisierung firmiert seit einigen Jahren ein neuer Schub der Vergesellschaftung der Welt, insbesondere der finanziellen und ökonomischen. Auf die global-humanen Dimensionen der Fragen, die uns hier in Mannheim, in Baden-Württemberg, in

Deutschland und in der kleinen Provinz Europa, jenem keineswegs entbehrlichen Appendix Asiens, beschäftigen, bemühte ich mich in meinen bisherigen Vorlesungen immer wieder aufmerksam zu machen, so insbesondere auch in der heute beginnenden Vorlesungsreihe.

Die räumliche Dimension der Zeitgeschichte wie aller Geschichte läßt das „wir“ beliebig durch einen Ort, eine Region, einen Staat, einen Kontinent oder den Globus begrenzen, aber auch partikular-gesellschaftlich durch einen ethnischen, religiösen oder sonstigen gesellschaftlichen Raum und ein entsprechendes Wir-Bewußtsein. Heute wird Zeitgeschichte leider immer noch als vorwiegend nationale Geschichte begriffen, oft auch dann, wenn deklaratorisch ein universaler Geschichtszusammenhang behauptet wird. Auch ein gemeinsames europäisches Geschichtsbewußtsein gibt es erst in bescheidenen Ansätzen, von einem global-humanem ganz zu schweigen. An der Herausbildung eines global-humanen Geschichtsbewußtseins in den kommenden Menschheitsgenerationen gilt es mitzuwirken.

5 Das Grundthema unserer Zeit

Das Grundthema unserer Zeit ist seit der amerikanischen und französischen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts die Verwirklichung der Volkssouveränität nach innen und außen. Demokratie und Nationalstaat sind die beiden untrennbaren Seiten derselben Medaille des Anspruchs des Volkes, sich selbst zu regieren. Nationalismus ist das Gedankengebäude, das bestimmt, welche Menschen ein Volk sein und einen eigenen Staat haben wollen. Demokratie ist die konstitutionelle, verfassungsrechtliche Form der Volksherrschaft im Unterschied zur Pöbelherrschaft (Ochlokratie) als widerrechtlicher Form der Volksherrschaft. Die alte Idee der Einheit der Menschheit unter geistlicher oder weltlicher Universalherrschaft wurde, vorbereitet durch die Idee des Fürstenbundes, endgültig abgelöst durch die Idee des Völkerbundes. Dieser Bund eingeschränkt souveräner Nationalstaaten unterwirft sich als Friedensbund selbst geschaffenem Völkerrecht.

Zunächst dominierte im ersten Abschnitt unserer Zeit, im langen Jahrhundert von 1776 bzw. 1789 bis 1918 die Auseinandersetzung der Verfechter der nationalen, demokratischen Republik mit den Verfechtern des Stände- und Fürstenstaates, insbesondere der imperialen Aristokratie und Monarchie bzw. ihren oligarchischen und tyrannischen Entartungsformen. In einigen Ländern der Erde ist dieser Kampf bis heute noch keineswegs ausgestanden. Im Ersten Weltkrieg ging im großen und ganzen das Ancien Régime der aristokratisch-monarchischen, absolut souveränen Fürstenstaaten unter und 1917 begann ein neuer Abschnitt des Zeitalters der Volkssouveränität. Zwar siegte in einigen Ländern eine oft noch aristokratisch und mon-

archisch überformte Demokratie, zwar begann mit der erstmaligen Einrichtung eines noch nicht die ganze Welt umfassenden Völkerbundes die Geschichte der organisierten Nationalstaatenkooperation und der völkerrechtlichen Begrenzung des souveränen Rechts auf Kriegsführung im nationalen Interesse, doch gleichzeitig bildete sich die Entartungsform der Demokratie heraus: Verfassungsrechtliche Volksherrschaft, Demokratie, kann stets zur rechtswidrigen Pöbelherrschaft, Ochlokratie, verkommen, die rasch moderner, sich demokratisch verkleidender Tyrannis und Oligarchie den Weg zu bereiten pflegt. Die tyrannisch und oligarchisch modifizierte Ochlokratie nannte man im 20. Jahrhundert oft Totalitarismus, die moderne Form der Tyrannis und der Oligarchie Diktatur einer Person oder einer Minderheit. Diktatur als eine moderne langanhaltende Herrschaftsform, nicht nur wie in der Antike als zeitlich eng begrenzte Ausübung außerordentlicher Herrschaftsvollmachten in den Händen einer oligarchischen Minderheit oder eines einzelnen während einer kürzeren oder längeren Notzeit, ist darauf angewiesen, das Volk zum Scheinkonsens mit dem Diktator zu mobilisieren und sich durch eine elitär-oligarchische gesellschaftliche Minderheit, die sich im 20. Jahrhundert als politische Partei organisiert, abzusichern. Der Antagonismus von Demokratie und kommunistischer, zeitweise auch von faschistischer Diktatur bestimmte das kurze Jahrhundert von 1917 bis 1991.

Unser Zeitalter wird wie alle früheren durch Mischformen der Herrschaftsordnung gekennzeichnet, jedoch charakteristischerweise vor allem durch repräsentative Demokratien mit aristokratischen und monarchischen Komponenten einerseits und durch zur Tyrannis und Oligarchie neigende Ochlokratien andererseits. In den Auseinandersetzungen zwischen den Verfechtern der Herrschaftsformen neigen auch Demokraten hin und wieder zu oligarchischen und tyrannischen, vor allem aber zu ochlokratischen Anwandlungen, in denen das selbstgesetzte Recht mit Füßen getreten wird, sofern es nicht gar wider den historisch erreichten Verfassungs- und Rechtsstandard in rechtswidriges Gesetz umgeformt wird. Dabei erlangt das Unrecht konstitutionellen und legalen Schein. Dementsprechend können die Vereinten Nationen auch nur ein Konglomerat von vielfach über- und verformten Demokratien und Ochlokratien und von aus früheren Zeiten überkommenen Herrschaftsformen sein. Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Parteiherrschaft in fast allen von ihr tief geprägten Ländern in den Jahren 1989-91 ging eine wesentliche Form tyrannisch und oligarchisch überformter Ochlokratie mit über lange Zeit minimalen verfassungsrechtlichen und demokratischen Zügen unter, gleichzeitig wurde die sozialistische Idee der sich auf die Wirtschaft und zivile Gesellschaft ausdehnenden Demokratie auf unabsehbare Zeit in das politische Abseits verdrängt. Doch im dritten Abschnitt unserer Zeit, der um 1991 einsetzte und dessen Charakteristika sich

noch undeutlich abzeichnen, regt sich gegen die Hegemonie liberaler Demokratie in der Welt neuer, starker Widerstand in neuen Formen der von Millionenmassen getragenen Ochlokratie, vor allem außerhalb der liberal-demokratischen Staaten, aber auch innerhalb derselben. Islamistische Bewegungen sind eine Haupttriebkraft, wenn auch keineswegs die einzige, dieser Opponenten der liberalen Demokratie. Auch die liberal-demokratischen Regierungen und Parteien werden nicht, von ochlokratischen Neigungen verschont. Somit bleiben Demokratie, Rechtsstaat und Staatenrecht, Völkerbund ein noch gänzlich unvollkommenes, aber gleichwohl noch entwicklungsfähiges politisches Projekt unserer Zeit, des Zeitalters der Volkssouveränität. Die Jahre von 1917 bis 1991 waren nach der hier entwickelten Konzeption kein eigenständiges Zeitalter, sondern nur ein Abschnitt eines umfassenderen Zeitalters. Insofern lassen sich heutige politische Streitfragen nur als Variationen zum Grundthema der Politik seit dem Zeitalter der Aufklärung und der amerikanischen und französischen Revolutionen verstehen und sind insofern nur in diesem Kontext zu erklären. Die heute beginnende Vorlesungsreihe möchte einen bescheidenen Beitrag zur politikwissenschaftlichen Analyse unserer Zeit beisteuern, indem sie einige als wichtig erscheinende politische Streitfragen der Gegenwart thematisiert.

6 Die Vorlesung als Kommunikationsform

Die Idee zu einer derart skizzierten Vorlesung schwebt mir seit langem vor. Ein wichtiger Anreiz hierzu waren neben anderen Vorlesungen die eindrucklichen „Weltpolitischen Informationsstunden“ des damals bereits schon lange emeritierten Professors der Politikwissenschaft Adolf Grabowsky (1880-1969), eines Mitbegründers der 1907 ins Leben gerufenen Zeitschrift für Politik. Die erste Vorlesung, die ich als frisch immatrikulierter Student in Marburg an einem Montagmorgen im April 1961 um 9 Uhr hörte, wurde von dem damals schon fast 81-jährigen Grabowsky gehalten. Im spöttisch-bewundernden Ton hatten ältere Studenten empfohlen, dem „Fossil“ Grabowsky zuzuhören, der in freier Rede gedanklich äußerst diszipliniert seine Erkenntnisse über Politik und Weltpolitik vortrug, indem er wie ein Hutmännchen vor der großen Wandtafel hin und her wanderte, die fast schon erblindeten Augen auf die knarrenden Dielen im alten Universitätsgebäude vor ihm gerichtet, ganz auf seine Gedanken und einen disziplinierten sprachlichen Ausdruck konzentriert, fast nie ins Auditorium schauend, hin und wieder Staatenbeziehungen mit Kreidestrichen auf der Tafel skizzierend.

Am 13. Dezember 1993, also eineinhalb Monate nach Beginn meiner Mannheimer Zeit, hatte ich einen ersten Anlauf zu einer Montagmittagvorlesung mit einem Vortrag über die ersten

demokratischen Wahlen in Rußland nach 1917 genommen. Die Gründe, die gegen eine solche Vorlesung sprechen, seien eingangs offen genannt. Eine Vorlesung zu aktuellen politischen Streitfragen impliziert, daß ich mich auch zu Themen äußere, zu denen ich selbst keine eingehenden Forschungen betrieben habe und zu denen ich auch nicht fristgerecht alle zugänglichen wissenschaftlichen Analysen lesen, mir nicht alles im Prinzip erforderliches Hintergrundwissen aneignen kann. Schließlich bleibt die Zeit, die ich für die Vorbereitung jedes einzelnen außerordentlichen Vorlesungsthemas aufwenden kann, durch die regulären Lehrverpflichtungen und die laufenden wissenschaftlichen Publikationsaufgaben ziemlich beschränkt, auch wenn ich mir sicherlich nur solche politischen Streitfragen auswählen werde, zu denen ich ein gewisses Vorwissen mitbringe. Diese einschränkenden Faktoren gilt es zu berücksichtigen, wenn ich nicht alle berechtigten Erwartungen, auch meine eigenen zum Beginn der Vorlesungsreihe, einlösen werde.

Auch wenn die Vorbereitung auf ein ausgewähltes aktuelles Streitthema stets ein ungutes Gefühl des Unfertigen begleitet, so hielt mich von einer derartigen Vorlesung bislang auch das Empfinden ab, daß sie dennoch viel Aufwand für ein recht zufälliges und kleines Publikum erfordert, in dem die in reguläre Studienpflichten eingebundenen jungen Studentinnen und Studenten eine kleine Minderheit sind und Senioren die Mehrheit bilden. Hier bieten sich nun die neuen Möglichkeiten des Internets, einige Elemente einer Vorlesung zeit- und raumunabhängiger vermitteln zu können. Es sind nur einige Elemente. Denn kein schriftlicher Text wirkt wie eine Rede, die äußerst zuhörer-, raum- und von der augenblicklichen Situation des Redners, vor allem aber vom Geschehen des jeweiligen Vortages und der vorangegangenen Woche abhängig ist. Tonfall, Mimik, Gestik, Zögern im Sprachfluß, Betonung von Wörtern und Sätzen, durch fragende Gesichter oder Zwischenfragen provozierte Erläuterungen des Gesagten, Redundanzen und Versprecher, bewußte und unbewußte Pausen bestimmen neben dem Gang der Argumentation die Wirkung einer Vorlesung ganz entscheidend mit und unterscheiden sie von der Wirkung einer Lektüre.

Meine Vorlesung habe ich nie als Ablesung verstanden, als ein Vorlesen dessen, was ich vorher niedergeschrieben hatte, selbst wenn ich einen zusammenhängenden Text zum Vorlesungsthema ausgearbeitet oder gar schon publiziert hatte. Ich bemühe mich also auch in dieser Vorlesung darum, in freier Rede spontanen Einfällen zu folgen und auf die Nachrichten von heute morgen und gestern zu reagieren. Das schließt auch schriftliche Annäherungsversuche und Vorbereitungen auf das aktuelle Vorlesungsthema nicht aus. Sie können also nicht mit einer völligen Übereinstimmung zwischen meinen Vorträgen und den Niederschriften zu die-

sen Vorträgen rechnen, schon allein deshalb nicht, weil zwischen einer Rede und einer Schreibe ein fundamentaler Unterschied besteht. Ich besitze leider nicht die Gabe oder habe bisher versäumt, sie mir übend anzueignen, eine Rede schreiben zu können.

Ich möchte Sie als Hörer, wie bei all meinen Vorlesungen, ermuntern, während der Vorlesung an geeigneter Stelle Zwischenfragen zu stellen und Einwände zu äußern. Bei dieser Vorlesung bleiben zudem nach dem Vortrag rund 30-45 Minuten für Nachfragen, für Einwände und auch für unterstützende Zusatzargumente vorgesehen. Außerdem möchte ich Sie einladen, mir auch noch nach der Veranstaltung, nach einem späteren Überdenken des Gehörten, ihre Kommentare zum Vorlesungsgegenstand mitzuteilen. Ich beabsichtige, eine Ausarbeitung der Vorlesung in das Internet zu stellen, eine unter Umständen nicht nur beiläufige Diskrepanz zwischen Rede und Schreibe in Kauf nehmend. Denn ich habe noch keinen Vortrag gehalten, bei dem ich nicht noch sofort nachträglich das weiterdenke, überprüfe, verwerfe oder mit neuen Argumenten verstärke, was ich soeben gesagt habe. Ein Vortrag ist für mich niemals abgeschlossen, wenn das Reden beendet ist.

Diese Vorlesung ist insofern ein Experiment für mich, weil ich mich zwingen will, die Kerngedanken dessen, was ich in der Vorlesung entwickelt habe, in den darauffolgenden Wochen schriftlich ins Internet herauszugeben, wie auch immer in Form und Inhalt verändert, es sei denn ich sähe mich durch Ihre Einwände und Argumente und durch eigenes Weiterdenken veranlaßt, das Gesagte grundlegend zu revidieren.

Zur Erhöhung des interaktiven Charakters der Vorlesung möchte ich Sie einladen, mir Ihre Stellungnahmen zu dem Gehörten bzw. Gelesenen mitzuteilen, per E-mail oder auf traditionellem Wege. Ich überlege auch, ob ich dann Ihre zusätzlichen Argumente zum Thema - mit Ihrem Namen, falls Sie das ausdrücklich gestatten, oder auch anonym -, evtl. auch in gekürzter Form als Hörer- und Leserbriefe im Anhang zur Vorlesung in das Internet setze. Sollten Sie mir jedoch nur zur persönlichen Information schreiben, so bitte ich Sie, dies ebenfalls ausdrücklich zu vermerken.